

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Starke 4/6, durch die Vertriebsstellen: Neue Grubenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen: Haupt-Expedition: Starke 4/6, durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1 Pf. monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. — Steueranträge 10 Pf. — Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. — Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. — das erste Wort 4 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Starke 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

„Voraussetzungen der Räumung“

Die Entwaffnungsnote übergeben.

Die deutsch-nationale Regierungspartei in Angeln.
Am Donnerstag mittags wurde dem Reichskanzler Dr. Luther, die seit Wochen angekündigte Kollektivnote der Alliierten überreicht. Der Reichskanzler sagte eine unersitzliche Prüfung der Note zu. Im Laufe des Nachmittags wurde im Auswärtigen Amt mit der Uebersetzung der Note begonnen, die Freitag abend der Presse übergeben und am Sonntagabend Morgen veröffentlicht werden soll.
In späteren Abendstunden wurde gestern amtlich mitgeteilt, daß am Freitag, mittags 12 Uhr, ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentritt, um die Alliierten-Note über die Voraussetzungen der Räumung der ersten Rheinlandzone zu beraten.
Wie die „Zeit“, die heute als Kopfbild der „Täglichen Rundschau“ wieder erschienen ist, meldet, werden am kommenden Mittwoch die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin eintreffen, um mit der Reichsregierung über die Verantwortung der Entwaffnungsnote zu beraten.

Die der deutschen Reichsregierung nahestehenden Presseorgane drücken ihr Unbehagen über die Entwaffnungsnote schon vor der Kenntnisnahme ihres Wortlauts in Beschwerden darüber aus, daß diese peinliche Frage nicht wenigstens gleichzeitig mit der noch in Aussicht stehenden Annahme des formellen ja von derselben Reichsregierung beantragten Sicherheitspactes erledigt werden kann. Die Spikmarte, unter der die Note übergeben worden ist, ist, der Regierungspresse ebenso unangenehm. Sie lautet: „Voraussetzungen für die Räumung der Kölner Zone“. Die Reichsregierung wird, nach den ersten Presse-Andeutungen zu schließen, in ihrer Antwort den juristischen Zusammenhang zwischen Rheinlandräumung und Abriistung betreiten. Den politischen Zusammenhang wird sie allerdings vor dem deutschen Volk nicht verschleiern können. Im übrigen wird teilweise empfohlen, die Verantwortung hinauszuzögern, wozu die Verspätung der Alliierten-Note selbst einen Vorwand bieten würde. Der Beschleunigung der Räumung käme eine solche, nicht gerade eindrucksvolle Politik des möglichst langen Ausweichens vor der Verantwortung bestimmt nicht zugute.

Die nächsten Schritte im Hinblick auf den Sicherheitsvertrag

werden vom „Manchester Guardian“ wie folgt gemeldet: Es könne erwartet werden, daß die französische Note nach dieser Woche nach London zurückgeschickt und gleichzeitig in Brüssel und Rom vorgelegt werde. Die französische Note werde dann in der nächsten Woche nach Berlin geleitet, formell als französische, tatsächlich aber als interalliierte Note. Der Beauftragte werde Deutschland von der Zustimmung der belgischen, italienischen und britischen Regierung Mitteilung machen. In Londoner politischen Kreisen wird die Meinung ausgesprochen, daß diese Beurteilung des „Manchester Guardian“ zu optimistisch sei und daß sich in Folge der Diskussion der Entwaffnungsnote in Deutschland die Forderung der Note über den Sicherheitspact noch weiter verzögern werde.

Paris, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter von Hoesch hat am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand gehabt. Die Unterredung hatte den gegenwärtigen Stand des Sicherheitsproblems und die damit zusammenhängenden Fragen zum Gegenstand.
Briand wird am Sonntag vormittag die Reise nach Genf antreten, um dort an der Tagung des Völkerbundsrats teilzunehmen und vor allem um sich mit dem englischen Außenminister Chamberlain über die Frage des Garantiepactes zu unterhalten.

Paris, 5. Juni. (Kunfbericht.) Die französische Antwort auf die letzte englische Note, betreffend den Sicherheitspact, ist gestern Abend nach London abgegangen. Frankreich nimmt daran teil, die Befriedigung von der englischen Seite Kenntnis, im Rahmen des Versailler Vertrages eine Garantie der Alliierten Frankreichs und Belgiens zu übernehmen. Die Note legt großen Wert darauf, daß England ebenso wie Frankreich nicht die allgemeinen Verpflichtungen übernehmen, die es im Versailler Vertrag und dem Völkerbundspact unterzeichnet habe. Frankreich will in seiner Antwort auf den deutschen Vorschlag die Teile ausschließen, die betreffen, daß Deutschland seinen Schiedsgerichtsvertrag abschließen kann, daß die in den Friedensverträgen ent-

haltenen territorialen Klauseln in Frage gestellt werden können. Diese Einschränkung müßte sowohl für die Ost- wie für die Südgrenze Deutschlands Geltung haben.

Der Londoner Berichterstatter des Wolffbüros erzählt zur Beruhigung der deutschen Reichspresse, daß die britischen Vorschläge in der Frage des Sicherheitspactes, die vor kurzem nach Paris übermittelt wurden, nichts enthalten, was dem Pakt den Charakter der Gegenseitigkeit nehmen würde und keiner Macht Rechte zugeschieben, die sie nicht bereits nach der Völkerverfassung haben. Das entspricht unserer gestrigen Darstellung.

Gegen gewalttätige Jugendgruppen.

Der preussische Minister des Innern hat einen wichtigen Erlass an alle Landes- und Ortspolizeibehörden gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß jugendliche Personen, zum Teil mit Knutenstöcken, Gummihüpfeln und anderen gefährlichen Werkzeugen bewaffnet, in kleinen Trupps lärmend und provozierend durch die Straßen gehen und polizeilich Anordnungen überfallen und verletzen. Der Minister ersucht alle Polizeibehörden, gegen derartige Erscheinungen mit Entschiedenheit vorzugehen. Waffenbesitzer sollen an Jugendliche — jedoch nur — „wichtig“ überhaupt nicht auf jeden Fall aber nur nach vorgängiger und vorzüglicher Prüfung in dringenden, vollkommen einwandfreien Ausnahmefällen, ausgestellt werden. Auch das Mitführen einzelner Knutenstöcke, Gummihüpfel, sowie besonders von Hoch- und Schusswaffen durch Kindertrupps kann unter Umständen eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung mit sich bringen. Beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 10 des Allgemeinen Landrechts soll gegen derartige Trupps und Vereinigungen mit allen Handhaben der Gekochte eingeschritten und nötigenfalls die Wegnahme und vorläufige Sicherstellung der gefährlichen Werkzeuge veranlaßt werden.

Es wird darauf ankommen, daß dieser vernünftige Erlass auch gerecht durchgeführt wird, das heißt nicht etwa nur gegen ausnahmeweise einmal in die Reichshöhe der Rechtsradikalen verfallene kommunistische oder sonst linksstehende Jugendliche!

Sozialdemokratische Wohlfahrtsarbeit.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Haushalt des Wohlfahrtsministeriums. Die sozialdemokratische Fraktion hatte 23 Anträge eingebracht, die neben der Bereitstellung hoher Summen die Durchführung zweckmäßiger Maßnahmen von Reich und Ländern zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, der Kleinkinder- und Säuglingssterblichkeit und des Alkoholismus fordern. Unter anderem wird für die Gemeinden das Recht verlangt, durch Abstimmung über Umfang und Art des Alkoholkonsums selbst zu entscheiden. Der Wohlfahrtsminister stimmte im wesentlichen den sozialdemokratischen Anträgen zu und versprach besonders eine Revision seines Erlasses vom 23. Mai 1924 über die Haft- und Behandlungsfähigkeit der Untersuchungsgefangenen.

Der Zolltarifausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats

hat, verstärkt durch sechs Mitglieder des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung, die Erörterung der Zollvorsätze der Regierung aufgenommen. Er begann mit der Beratung der Agrarzölle und nahm die Berichte folgender Sachverständiger entgegen: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Sering-Berlin, Privatdozent Dr. Ritter-Berlin, Prof. Dr. Keroboe-Berlin, Kommerzienrat Kabetzge-Klein-Banzleben bei Magdeburg, Dr. Hugo Meyer-Düsseldorf, Prof. Dr. Ruhagen-Berlin und Frhr. v. Wangenheim-Klein-Spiegel (Pommern). Die Verhandlungen werden am 5. und 6. Juni fortgesetzt.

Die Meinungen dieser Sachverständigen, von denen drei — Sering, Keroboe, Ruhagen — führende Wirtschaftler sind, haben somit der Öffentlichkeit vorgelegt. Auf die festgelegten Interessentvertreter im Reichswirtschaftsrat werden sie kaum einwirken. Warum läßt man die Streitfragen nicht öffentlich diskutieren?

Der Reichsgerichtspräsident für Abgabe der Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

Stuttgart, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Stuttgart wurde am Donnerstag die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht mit einem Referat des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons über „Internationale Schiedsgerichtsbarkeit“ eröffnet. Simons gab eine Uebersicht über das vorkriegliche Werden auf dem Gebiete des Völkerrechts, das besonders durch die Liquidierung des Krieges einen neuen Antriebspunkt erhalten hat. Eingehend wandte sich der Referent dann den Fragen der zwischenstaatlichen Schiedsgerichtsbarkeit zu, von denen er auch für Deutschland die Förderung des Rechts erhofft.

Polnische Wirtschafts- und Staatskrise

Während die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sich immer länger hinschleppen, hat die polnische Regierung eine einseitige handelspolitische Maßnahme getroffen, die alle mit Polen Handel treibenden Länder vor den Kopf stoßen muß. Sie hat ihre Einfuhrzölle für die wichtigsten Waren sprunghaft um das Mehrfache erhöht. Diejenigen Staaten, die, wie Deutschland, keinen Handelsvertrag mit Polen besitzen, werden durch die Einzelheiten dieser Zollerhöhung zunächst fast gänzlich vom polnischen Markt ausgeschlossen. Aber auch tschechische und französische Wirtschaftskreise fühlen sich durch die Wirkungen dieser Tarifierhöhungen trotz ihrem Vorsprung durch die Meistbegünstigungsverträge ihrer Staaten geschädigt. Man fragt sich, wie die polnische Regierung zu so verzweifelten Maßnahmen greifen kann, die doch auf keinen Fall der Einordnung Polens in einen friedlichen und gewinnbringenden Wirtschaftsaustausch dienen können.

Die Antwort gibt die polnische Handelsbilanz der letzten Monate, die einen ständig wachsenden Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr zeigt. Die polnischen Agrarprodukte aus den früher deutschen Gebieten finden infolge der ungeregelten Handelsverhältnisse mit Deutschland nur zum Teil noch den Weg zu ihren früheren reichsdeutschen Verbrauchern. Die ostoberschlesischen Süttelprodukte sind infolge der geschwächten Kaufkraft und infolge der staatsfinanziellen Belastung durch ihren Steueranteil für die Ausfuhr der polnischen Wirtschaft und des kostspieligen polnischen Heeres fast vom Markt verschwunden. Die übrige polnische Industrie leidet unter denselben drückenden Wirkungen der teuren Staatswirtschaft. Die ostoberschlesische Kohle fand nur noch den durch den Genfer Vertrag gesicherten Absatz nach Deutschland, dessen Ende mit dem Ablauf der Vertragsfrist unmittelbar bevorsteht. Dann wird sie in der allgemeinen Weltkohlenkrise auch durch die neueren Bemühungen um Absatzwege nach dem Südosten kaum den Fortgang ihrer Förderung aufrechterhalten können. Mit dem Rückgang der polnischen Wirtschaft wird auch die Lage der polnischen Staatsfinanzen immer schwieriger: wenn die Erträge der bestehenden Steuern und Zölle zurückgehen, müssen immer neue Belastungen der Wirtschaft eingeführt werden bis zu solchen wirtschaftszerstörenden Maßnahmen wie den neuen Zöllen zur Verhinderung fast jeden Außenhandels. Da das wiederum weiteren Rückgang der Wirtschaft bringt, gehen dann auch die Erträge dieser neuen Einnahmequellen rasch zurück — ein verhängnisvoller Kreislauf, der Wirtschaft und Staat schließlich gleichermassen ins Verderben führen muß, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird.

Die jetzige polnische Regierung Grabski ist als „überparteiliches“ Kabinett zur Sanierung der polnischen Saluta gebildet worden. Dieses Sanierungswerk ist ihr technisch gelungen, wie ja jede Inflation durch Beendigung des Notendrucks äußerlich abgeklungen werden kann. Die Balancierung des Staatshaushalts kann aber mit den geschilderten Mitteln nur vorübergehend erreicht werden, und ohne sie gibt es schließlich doch nur wieder Rückkehr zum Notendruck — oder offenen Staatsbankrott. Eine wirksame Sanierung der polnischen Staatsfinanzen und damit zugleich eine wirksame Entlastung der polnischen Volkswirtschaft, die ja an Naturgaben reich und auch in ihrer Verkehrslage zur Weltwirtschaft nicht ungünstig gestellt ist, mußte bei der radikalen Beschränkung der polnischen Staatsausgaben anfangen. Scharfe Kontrolle der ungeschulten und beutegierigen polnischen Bürokratie, energischer Abbau der übertriebenen polnischen Heeresrüstung sind die einzigen Wege zur Genesung. Das Kabinett Grabski hat zwei Mitglieder aufgenommen, die nach dieser Richtung wirken sollten: den klugen und aus nüchternen Tatsachenerkenntnis heraus zweifellos ehrlich freiburgfreundlichen galizischen Grafen Strykowski als Außenminister und den aus der Bauern-Bünden aufgelegenen ehrgeizigen und anpassungsfähigen Spezialminister für die Oppidone Thugut, übrigens Anführer einer polnisch gewordenen deutschen Stöberfamilie. Thugut aber hat auf dem Gebiet der schmutzigen Ausbreitungen polnischer Beamtenherlichkeit, in den Provinzen mit überwiegend ukrainischer und weißrussischer Bevölkerung, nichts austreiben können, eben weil das Kabinett Grabski „überparteilich“ hiesigen wollte und daher alle seine Maßnahmen durch den rechtsstehenden

Abbrüstungsvorschlag.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:
 Von Sieg zu Sieg ist die schwedische Arbeiterklasse geschritten. Seit dem Beginn des Krieges ihr großer Führer Branting die Verteidigung der schwedischen Neutralität sich zur positiven Mitarbeit an der schwedischen Politik bereit erklärt hat. Sozialistische Politik in Schweden ist seitdem immer ausgesprochenen Realpolitik gewesen. Es gibt niemanden in der schwedischen Sozialdemokratie, der das sozialistische Endziel nicht lieber heute als morgen verwirklichen möchte. Erfreulicherweise gibt es aber auch niemanden, der nicht weiß, daß Kom nicht an einem Tage erreicht werden kann. Die Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie in den letzten Jahren ist nicht nur ein Beispiel dafür, daß andere schwedische Parteien es im allgemeinen verstanden haben, mit den Kräften hauszuhalten und nur das Erreichbare zu erstreben, sondern daß sie sich aus diesem Gelernten und eine wachsende realpolitische Einstellung gewonnen haben. Es wäre ohne Zweifel etwas Großartiges, etwas Bedeutendes gewesen, wenn die am Ruder befindliche sozialistische Regierung die Gesamtabrüstungsvorschläge hätte. Aber es wäre auch nichts anderes gewesen als ein großes und prächtiges Feuerwerk ohne jeden praktischen Wert, mit vielleicht etwas propagandistischer Wirkung. Doch sogar die propagandistische Wirkung eines solchen Vorschlages wäre für Schweden zu bezweifeln. Stimmenerkundung, Reichsregierung und weiterer Ausbau der Wehrmacht, das wären die naturnotwendigen Reaktionserscheinungen eines solchen Vorschlages gewesen.

Die schwedische Sozialdemokratie hat bewußt auf eine solche Gesamtwirkung verzichtet. Sie hat sich vielmehr überlegt, was bei gegenwärtigen Geistesverfassung der Bevölkerung und der parlamentarischen Situation erreicht werden kann und danach ihre Vorschläge ausgearbeitet. Wenn auch Schweden seit 100 Jahren im tiefsten Frieden lebt und Neutralitätspolitik die traditionelle Politik Schwedens ist, so steht dennoch auch die schwedische Öffentlichkeit in starkem Maße unter dem Einfluß des Wortes: Si vis pacem, para bellum. (Wenn du Frieden willst, sei zum Krieg gerüstet!), lebt auch sie in der Vorstellung, daß Schweden einer Armee und Flotte bedürftig ist. Jetzt plötzlich die Forderung aufzustellen, Armee und Flotte vollständig abzubauen, dazu fehlt die Resonanz bei den meisten und temperamentslosen Schweden. Diese müssen sich erst an das neue, von Branting geprägte Motto sozialistischer Politik gewöhnen: Si vis pacem, para pacem! (Willst du den Frieden, so arbeite an Frieden!). Außerdem ist es parlamentarisch unmöglich, das Ziel der völligen Abrüstung zu verwirklichen. Es gibt nur eine stark passivistisch eingestellte Partei, mit der ein weitgehendes Zusammenarbeiten auf diesem Gebiete möglich ist, die freijüdische Partei. Als sich im Herbst 1924 die Regierung Branting bildete, war es von Anfang an klar, daß es in der Abrüstungsfrage zu einem Kompromiß zwischen dem ursprünglichen sozialdemokratischen und einem ursprünglich freijüdischen Vorschlag kommen müßte. Daraus war aber nur eine Mehrheit für die zweite Kammer gegeben, in der von 30 Vägen die Sozialdemokraten 104 und die Freijüdischen 27 inne haben. Unter den 150 Mitgliedern der ersten Kammer befinden sich aber nur 52 Sozialdemokraten und 21 Freijüdische. Um in der ersten Kammer eine Mehrheit zu erhalten, mußte man also den dort den Ausschlag gebenden Liberalen weitere Zugeständnisse machen. Außerdem sagte sich auch die Regierung, daß es unklug ist, in einer so wichtigen Frage sich mit einer knappen Majorität zu begnügen. Sie wollte vielmehr für ihren Vorschlag eine so sichere Mehrheit wie nur irgend möglich schaffen.

Der jetzt angenommene Abrüstungsvorschlag kann also nicht als ideal hingestellt werden, sondern nur als die unter den gegenwärtigen Verhältnissen beste realpolitische Lösung. In dreifacher Beziehung kann diese Lösung als erster Schritt zum Frieden angesehen werden. Bedeutend ist zunächst die Umstellung in der öffentlichen Staatspolitik und in der geistigen Einstellung der Bevölkerung. Es ist zweitens ohne Zweifel ein Schritt zum Frieden und zum Ideal der vollständigen Abrüstung, wenn die Gesamtkosten für die Wehrverfassung von 240 in der Wehrordnung von 1914 auf 110 Millionen Kronen herabgesetzt werden, von denen unter anderem 61 Millionen Kronen auf die Armee und 33 Millionen Kronen auf die Flotte entfallen. Verschiedene andere Maßstäbe sind möglich, um den Umfang der Abrüstung anzugeben, so unter anderem der, daß die Zahl der zum Heeresdienste einzuweihenden künftig 1/2 der bisherigen Zahl betragen wird. Gemäß der geographischen Lage Schwedens ist innerhalb der Armee am meisten, am wenigsten innerhalb der Flotte und Luftwaffe abgerüstet worden. Innerhalb der Armee ist wiederum am meisten die Kavallerie, am wenigsten die Infanterie abgerüstet worden. Drittens ist dieser Vorschlag als ein Schritt zum Frieden im Sinne des Völkerbundes aufzufassen. Befragt nach Artikel 8 der Satzungen des Völkerbundes, daß im Interesse des Friedens eine Abrüstung bis zu dem Umfange vorgenommen werden soll, daß die Verteidigung der Unabhängigkeit und Neutralität des betreffenden Staates wie auch die Durchführung der durch den Eintritt in den Völkerbund übernommenen internationalen Verpflichtungen nicht gefährdet wird. Die schwedische Regierung ist der Meinung, daß nach der geographischen Lage und der Geschichte Schwedens wie auch der allgemein festzustellenden Kriegsmüdigkeit keine direkte Gefahr eines Angriffes auf

teile eines solchen Konfliktes die schwedische Neutralität bewahren zu können, braucht Schweden eine Armee und Flotte. Schweden kann aber die Stärke der Armee und Flotte wesentlich herabssetzen und so die vom Völkerbund befürwortete Politik des Friedens führen. Daß bei diesem Schritt zum Frieden die Sozialdemokraten, speziell die Minister Sandberg, der Albin Hansson und Lindberg, die Führung in ihrer Hand hatten, wird stets ein Ruhmesblatt in der Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie sein.

Stockholm, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag hat der Vorlage der (rein sozialdemokratischen) Regierung zugestimmt, die die Verweigerung des Militärdienstes aus religiösen oder ethischen Motiven gestattet. Die Militärdienstverweigerer haben Arbeitsdienst zu leisten, der 90 bzw. 120 Tage länger dauert als die Militärdienstzeit.

Vom 5. bis 9. Juli werden schwedische Kriegsschiffe die Häfen Kiel und Swinemünde besuchen. Nach Kiel werden zwei Panzerkreuzer, vier Torpedobootzerstörer, eine U-Boot-Flottille, eine Minenjagd-Flottille und ein Flugzeugmuttergeschiff mit Flugzeugen und Besatzungen kommen. Swinemünde wird von einer Torpedo-Flottille angefahren werden.

Der persönliche Adjutant des Reichspräsidenten.

In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir:
 „Es ist das gute Recht des Reichspräsidenten v. Hindenburg, das Amt des persönlichen Adjutanten wieder aufleben zu lassen, und man wird es menschlich begreifen, daß er mit diesem Amt seinen Sohn betraut, mit dem er in Hannover zusammengelebt hat, und den der Präsident in seiner engeren Umgebung nicht missen will. Aber man kann die Tatsache doch nicht zurechtzücken, ohne darauf hinzuweisen, daß ein Geschrei sich erhoben hätte, wenn in ähnlicher Weise der frühere Reichspräsident eine ihm parlamentarisch oder persönlich nahe stehende Persönlichkeit auf einen Posten berufen hätte, dessen etatsmäßige Neuschaffung oder Wiederbelebung zu diesem Zwecke notwendig gewesen wäre.“

Ganz ähnlich liegen ja die Dinge hinsichtlich des Gehalts des Reichspräsidenten. Was ist nicht alles von der deutschen Nationalen Agitation im Lande über Gehalts Gehalt verbreitet worden. Und kaum war sein Nachfolger im Amt, da wurde unter Vorantritt der Deutschen Nationalen im Reichstag eine erhebliche Erhöhung des Gehalts des Reichspräsidenten beantragt. Durchaus mit Recht. Denn die etatsmäßige Dotierung des Präsidentenamts in der Deutschen Republik war lässlich. Aber es war eben genau so lässlich für Ebert wie für Hindenburg. Noch lässlicher allerdings war und ist die Art, mit der in Deutschland alle solche Fragen je nach der Parteigehörigkeit der Kritiker und der Kritisierten behandelt werden.“

Die schulpolitische Forderung des Lehrertages an das Reich.

Hamburg, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Verhandlungstag der 33. Deutschen Lehrerversammlung war im wesentlichen ausgefüllt durch den Vortrag des jetzigen ersten Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins, G. Wolff-Berlin, der in überfüllten Sälen über „Reich und Schule“ einen Aufruf über die Einwirkung des Gedankens einer einseitigen Reichskulturpolitik gab. Außer dem politischen Fortschrittismus habe sich das deutsche Volk auch noch die Widerständigkeit eines Kulturkapitalismus geleistet, indem das Schulwesen nach 1914 vielfach Satzung der Länder war. Es mußte erst durch Zusammenbruch kommen, damit endlich 1919 eine Reichsschulkommission zusammenberufen konnte, die über die Gelegenheit zu totalitärer Arbeit versprach. Auch die kulturpolitische Stellung des Reiches habe außer der Grundschulgesetzgebung wenig geleistet. Diese sei dazu noch in den folgenden sechs Jahren stark durchzuführen. Unter lebhafter Anteilnahme der Versammlung geschickte Wolff die Latenzhaftigkeit des Reiches, das vor außenpolitischen Mächten kapituliere, während eine Reihe wichtiger Forderungen der schnellen Regelung harren. Die deutsche Lehrerschaft wolle ihren Kampf in dieser Richtung mit aller Energie vorwärts treiben. — Der Eindruck der Rede war kenntlich durch den einstimmigen Beschluß, die Rede ohne Ausprache hinzunehmen und durch Massenbewegung in das Volk zu bringen. In einer umfangreichen Entschließung wurden dann noch einmal die Hauptforderungen auf selbstwählige Reichskulturpolitik niedergelegt und damit die Beratungen der Hauptversammlung geschlossen.

Die Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer, deren Einberufung von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in ihrer letzten Sitzung beschlossen wurde, tritt am 12. Juni in Prag zusammen. Die hierzu von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale entsandene Kommission besteht aus den Genossen Vandervelde, Tom Shaw und Friedrich Adler.

Dmitri Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Unsere Monatsversammlung findet diesmal schon Freitag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, in der Volkshalle statt. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Gleichzeitig erlauben wir uns nochmals, alle Banner des Kreises zu unserer am 7. Juni stattfindenden Gründungsfeier in dem so herrlich gelegenen Ostwitzer Walde einzuladen. Kameraden, sagt dafür, daß dieser Tag zu einer wichtigen Kundgebung für die Republik wird, und zeigt, daß wir trotz der verlesenen Wahlscheit nicht in das Gedränge verfallen sind. Wir Ostwitzer Kameraden rufen zu eurem Empfang.

Altendorf. Der nach unfer Noth vom Dienstag verunglückte Fabrikarbeiter heißt Krautwald.

Herrnproß. Der Arbeiter-Kadefahrerverein Stadewitz brachte am 2. Feiertag mit dem Arbeiter-Kadefahrerverein Groß-Wasselwitz ein Revanche-Strahnenrennen, welches durch unseren Ort führte, zum Austrag. Als erster fuhr Sportgenosse Riech-Marschwig, dem als zweiter Klein-Herrnproß folgte, durchs Ziel.

— Fahrplanänderungen treten am 5. Juni in umfassender Weise auf der Strecke Breslau-Wohlau ein. Um sich vor Zeitverlust zu schützen, wird es nötig sein, den Fahrplan, welcher bei fast allen Zügen stark geändert ist, durchzusehen. Für die Ausflügler ist durch Einlegung eines Zuges ab Herrnpörsch 10.18 Uhr abends Gelegenheit geboten, die Sommerabende in der Natur voll auszunützen.

Deutsch-Billa. Straßenraub. Auf der hiesigen nach Breslau führenden Chaussee wurde ein 18-jähriger Schüler an heftigsten Tage von einem jungen Mann vom Fahrrad gestoßen und dessen betäubt. Die sofort aufgenommene Verfolgung durch ein hinzukommendes Motorrad veranlaßte den streben Burtschen, das Rad hinzuwerfen und zu verschwinden.

Neumarkt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Abfahrt zu der am Sonntag in Leubus stattfindenden Fahrtenwoche erfolgt 8.46 Uhr früh. Abmarsch 7.46 Uhr. Sammelplatz: „Zum Gelben Löwen“. Regere Beteiligung wird erwartet.

— Sozialdemokratische Partei. Die nächste Mitgliederversammlung mit familiärem Beisammensein, in welcher ein äußerst wichtiger Vortrag gehalten wird, findet am Sonntag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Verkehrs-Café „Zum Gelben Löwen“ statt. Wir weisen schon heute hierauf besonders hin.

Eingekandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Beschlüsse aus unserem Kreisbrief, für die wir nur die prägnanteste Veranmutung übernehmen. Die Redaktion.

Der „Volkswacht“-Bericht über das Arbeiter-Sängerfest besagt den verhältnismäßig schwachen Besuch durch die Breslauer Arbeiter-Sänger. Tatsächlich ist in die Besucherzahl, obgleich die Jahrbuchverhältnisse nicht füllte, zum Teil noch aus der Provinz zusammengeströmt, so daß von Breslauer Arbeiter-Sängern höchstens die Hälfte der erwarteten Zahl dagewesen sein kann. Das liegt aber nicht an der Breslauer Arbeiter-Sänger, sondern an der Preisbemessung der Arbeiter-Sänger. Die billigen Plätze zu 75 Pfennig waren schon lange vor Beginn des Konzerts ausverkauft. Fast ganz leer geblieben sind nur die zahlreichen Bänke, auf denen jeder Platz 1.50 Mark kostete. Das ist doch aber wirklich für ein Arbeiterkonzert zu teuer. Ich habe mit meiner Frau das Konzert besucht und 2 Mark für zwei Plätze in der mittleren Preisklasse ausgegeben müssen. Dazu kommen wohl nicht nur bei mir 50 Pfennig für Stadenschuh-Bin- und Kaffee, da ja die Jahrbuchverhältnisse von den Arbeitern nicht sehr weit abliegt. Das Programm folgte 75 Pfennig und eine halbe Brunn in der Jahrbuchverhältnisse (Güter gab es nicht mehr) 55 Pfennig. So hat uns das Konzert in der Jahrbuchverhältnisse bereits 3.80 Mark gekostet, obgleich es nur die frühen Nachmittagsstunden ausfüllte. Auf den fest gebildeten Plätzen hätte aber ein Arbeiterpaar sogar 4.50 Mark ausgeben können. — Ich bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage unerschwinglich und auch erheblich teurer als Konzerte uns nicht abholen werden, a. B. im Gewerkschaftshaus im Winter, wo doch zahlreiche Gewerkschaftler mitwirken. Instrumente besorgt werden usw. Helfen würde sich eine beschärfere Bemessung der Preise besser reüssieren!

Der Dank des Vaterlandes.

Wie der Dank des Vaterlandes gewiß ist, beweisen diese Zeilen. Ich bin lungentkrank, erst mit 20 Prozent und jetzt mit 30 Prozent Kriesschwäche anerkannt. Ich fühle diesen Prozentsatz als zu niedrig, da ich dauernd in ärztlicher Behandlung sein muß, und auch, auf neun Monate verteilt, erwerbsunfähig war, wovon ich die längste Zeit in Lungenhäusern verbracht habe. 1923 wurde mir die Rente ganz entzogen, mit der Begründung, daß mein Leben zu gering sei. Als ich sofort Revision einlegte, hat Herr Professor Gebel bekräftigt, daß mein Befund positiv ist und somit hatte ich die Rente von 30 Prozent wieder erlangt. Als ich kürzlich wieder mit meinen Augen nachwies, daß ich erwerbsunfähig geschrieben wurde, bekräftigte er mir im Zeugnis auf Grund der Durchleuchtung die Erwerbsbeschränkung auf 60 Prozent, trotz Arbeitsaufnahme. Auf mein Geheiß mit beiden Zeugnissen, auf Revisionsbahn wurde ich vom Versorgungsamt unterzucht, in dem er meine wahren Unterlagen mitwog, protokollierte er mit ein gutes Gewicht, während ich früher immer mit nackten Oberarmen gemessen wurde. Und jetzt bekomme ich den achtschätigen Bescheid, daß meine Rente, wie früher, mit dreißig Prozent hoch genug bewertet ist. Mit der behandelnde Arzt machend oder der Versorgungsamt, der mich 10 Minuten lang nicht? U. S.

Aus aller Welt.

Ungewitter im Rindling abgestürzt.
 Gestern nachmittags gegen 15 Uhr stürzte der vom Piloten Ungewitter geführte Albatros-Glinder, der bisher im Deutschen Rindling besonders gut abgestiegen hatte, in Hahls bei Kronach aus mäßiger Höhe ab. Das Flugzeug fiel in einen Garten. Der Sturz wurde durch die im Garten befindlichen Bäume sehr gemildert, trotzdem wurde das Flugzeug vollkommen zerstört. Ungewitter erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch und nach Anlegung eines Verbandes durch einen zufällig in der Nähe anwesenden Arzt wurde er nach Bamberg ins Krankenhaus gebracht.

Die norwegische Hilfsexpedition für Amundsen mit dem Dampfer „Ingebrig“ wird am 15. Juni in Marsch gesetzt. Sie führt drei Flugzeuge für Notzulieferanten mit sich. Nach einem Rundflug von Nord der „Fram“ wird über ihren Route die Suche nach der Nordpolregion an der Vadeisgrenze beginnen, da man damit rechnen darf Amundsen und seine Begleiter zu Fuß nach Spitzbergen zurückkehren werden. In Oslo nimmt niemand an, daß die Forscher verunglückt sein könnten. Man glaubt, daß die Flugzeuge beim Landen so beschädigt sind, daß sie für den Weiterflug nicht mehr brauchbar waren.

Sport zu gewerblichen Zwecken.

Eine Hauptfrage der Wirtschaftskrisen ist die Frage, was mit dem Spiritus werden soll, wenn die Propaganda gegen den Alkohol größere Erfolge haben sollte. Daß diese Frage ungelöst ist, geht aus der Tatsache hervor, daß in letzter Zeit der Spiritus immer stärkere Verwendung als Antiseptikum und Brennstoff findet. Besonders gute Erfahrungen hat man in der Verwendung von Spiritus zu medizinischen Zwecken gemacht. Der Spiritus wird erst durch das allgemeine Vergällungsmittel und durch leichte Färbung für den Gebrauch unbrauchbar gemacht, er erhält dann ein Vergällungsmittel, ist sehr ein weiches Trichlorid für alle Verunreinigungen, insbesondere für die Fahrzeugmotoren in Kraftwagen, Motorflugzeugen und Schiffe. Prominente Persönlichkeiten der Technik beschreiben diesen Vergällungsspirit als den besten Stoff der Zukunft. Man ersieht hieraus, daß die Verfabrikung

der Erzeugung von Alkohol zu Trinkzwecken nicht zu gesteigerter Arbeitslosigkeit durch die Stilllegung von Betrieben führt, sondern daß es sich hierbei nur um eine volkswirtschaftliche Umstellung handelt, die ebenso im Interesse der Technik wie der Volksernährung und Volksgesundheit liegt.

Die Bergigungsgefahr in hohen Lufthöhen.

Entgegen der allgemeinen Annahme wird die sogenannte Bergkrankheit, die heute nicht nur die Alpinisten, sondern mehr noch die Flieger bedroht, nicht ausschließlich durch die Verminderung des Sauerstoffes und den Mangel an Sauerstoff hervorgerufen. Die in hohen Lufthöhen auftretenden krankhaften Erscheinungen des Organismus werden vielmehr in der Hauptache durch gewisse giftige Bestandteile, die der Luft in großen Höhen beigegeben werden, verursacht. Erreicht man sich über eine bestimmte Grenze, so stellt sich — das ist das Wesen der Bergkrankheit — ein von Schwindel, Erbrechen, Atemnot und Herzbeschwerden begleitetes Unwohlsein ein, das in seinen Begleitsymptomen große Ähnlichkeit mit der Gestirnkrankheit hat. Nach neuerdings vorgenommenen Analysen der Luft in verschiedenen Höhenhöhen, handelt es sich hier, wie die Revue des sciences“ ausführt, um eine ausgeprägte Vergiftung. Herabgerufen durch Sauerstoff- und Ammoniakdämpfe, die die Zusammenfassung des Blutes verändern und schwere und schnelle veränderte Krankheitsformen hervorrufen. Die Gaswirkung wird durch die infolge der starken Luftverdünnung hervorgerufene Verminderung des Sauerstoffgehalts des Blutes noch wesentlich verstärkt.

In erster Arbeitssport-Olympiade.

Der Internationale Arbeiterverband für Sport und Körperpflege veranstaltet bekanntlich vom 24. bis 28. Juni in Frankfurt a. M. ein großes internationales Arbeiterparade, die Erste Arbeiter-Olympiade. Zum ersten Mal soll der Arbeiter-Sport eine große internationale Bewegung abgeben und den blühendsten Bemühungen eine Ausdehnung entgegenstellen, die bewiesen soll, daß die Arbeiterklasse sich auch bereits das Recht auf körperliche Erholung und Erfrischung erwirbt hat. Ganz besonders aber wird die internationale Bewegung der internationalen Arbeiter-Olympiade bei dieser Veranstaltung, an der 100.000 Arbeiterpartei aus allen Ländern teilnehmen werden, erst ihren wahren Sinn erhalten.

Wie der internationale Sekretär des Arbeiter-Sport-

Gandes, Genosse J. Deslieger (Belgien) in einem Schreiben an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (Luzerner Internationale) 18 Landesverbände mit ungefähr 1.500.000 Mitgliedern angeschloßen, die alle ihre Vertreter zur Olympiade entsenden werden. Von den wichtigsten europäischen Staaten sind es nur Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und die Balkanländer, in denen die Luzerner Arbeiter-Sport-Internationale noch keine Sektionen besitzt. Infolge unklarer Organisationsverhältnisse sind zum Beispiel die sozialistischen Arbeiterpartei der skandinavischen Länder, die die weitesten überwindende Mehrheit ihrer Verbände darstellen, der kommunistischen Roten Sport-Internationale in Moskau angeschloßen.

Die Frankfurter Arbeiter-Olympiade wird jedenfalls dazu beitragen, die Organisation des Arbeitersports sowohl international als auch in den einzelnen Ländern zu fördern und zu kräftigen.

Ein falscher Priester.

Aus Olmütz wird eine heitere Beitragskomödie berichtet, die an die Geschichte des Hauptmanns von Köpenick erinnert: Sie ereignete sich dieser Tage in Predmaß bei Prekau. In die dortige Kirche kam vor 14 Tagen ein Kuchlflorant. Er zeigte einen ungewöhnlichen Arbeitseifer, hielt die Pflichten ab, führte die Prozessionen, las Messen und sprach ergreifende Gebete. Zum Schluß stellte sich jedoch heraus, daß der angebliche Kaplan ein abgestorbener Betrüger ist. Er handelte sich um den 55-jährigen Theodor Epon. Sein Jüwelierbot ihm zu wenig Geldigkeit zu geistiger Anregung und so bemühte er die als Diktandrunder in seiner Jugend erlernten geistlichen Kenntnisse, um als Kaplan die freudigen Schwindeln zu verüben. Mit der Zeit wurde bekräftigt, ging er von Kirche zu Kirche und verstand es, die Mitleidigkeit der ahnungslosen Geistlichen zu täuschen. Er ist im Jahre 1922 schon wegen bestanden Verbrechen mit 10 Monaten Zerkar verurteilt.

Der französische Arbeiter-Unionismus.

Im Alter von 63 Jahren zwischen 1870 und 1880 war der Arbeiter durch seine „Kämpfe“ bekannt. Er war ein Mann, der das die etwas abstrakte „Kommunismus“ in der Praxis populär gemacht hat. Unter seiner Leitung wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen seine Proklamierungen über den „Kommunismus“ bekannt.

David und Goliath

Georg Kaiser hat einen akzeptierten Einfall gehabt. Einem reizenden Einfall. Das passiert ihm öfter. Darauf hat er...

Diesen kleinen David, Sophus Müller, den Überlegen... Spielleiter in der Besetzung, gab Herr Felden mit still...

Niel h-Theater

Niel h-Theater

Es ist Sommerzeit, und lieber als sonst weicht man vor hoch... literarischen Sensationen in das leichtere Reich des Varietés...

Es bedauert keine Minderung der Leistungen der genannten... Künstler, wenn man als den Clou des Abends Wilhelm Hart...

Aus Schlesien

Schlesische Eingemeindungsfragen

In fast allen schlesischen Städten steht das Problem der... Eingemeindung auf der Tagesordnung. Eine Zusammenfassung...

Die Beschleunigung der wichtigsten Stadterweiterungsaktionen... in Schlesien wäre in normalen Zeiten vom volkswirtschaftlichen...

Wenn die Landkreise die Beschleunigung ihrer finanziellen... Kraft von größeren Eingemeindungen befrachten, so haben die...

Angenommen, um die Anbringung von städtischen Anlagen, die... ihr Gebiet betreffen, zu durchzuführen. Solche Einzelkommunen...

In einem schlesischen Fall sind die Gegner der Eingemeindung... daher zur Klärung ihrer Position noch weiter gegangen: der...

Mag auch der Provinzialhauptstadt, die von der Groß... stadt und Großstadtengemeinschaften bedrängt wird, der Weg...

Die Trennung der beiden schlesischen Provinzen

Zu der durch einige Vorgänge der letzten Zeit wieder... in den Vordergrund getretenen Trennung der beiden schlesischen...

Mehr als die gemeinsame Weiterführung hatte sich die Ver... tretung der beiden Provinzen mit der Auseinanderlegung...

Wenn Streitfragen zwischen den beiden Provinzen in der... Selbstverwaltung nicht ausgetragen werden können, sondern vor...

Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt... Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt ist seit dem...

Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt... Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt ist seit dem...

und Anzahl und Namen der Delegierten bis zum 14. Juni an... Clara Jits-Greif, Breslau 16, Bogelstraße 186, mitzuteilen.

Das folgende Interesse für wohlfahrtspflegerische Fragen... läßt einen zahlreichen Besuch der Konferenz erwarten.

Die Verkehrswoche auf 1926 ver... schoben. In einer Veranlassung am Mittwoch wurde be...

Arbeiter-Sport

Schützt die Natur! Lasset die Blumen leben, und auch den Strauch, andere, die vorübergehen, freuen sich auch!

Diese freundliche Mahnung sollte an allen Wegen stehen... Sie berührt das Wesen jedes Naturdinges. Nicht für dich allein...

Table with 5 columns: Abteilung, Spiele gewonnen, unentschieden, verloren, Punkte. Rows for 1. Abteilung, 2. Abteilung, 3. Abteilung, 4. Abteilung, 5. Abteilung.

Arbeiter-Sportverein Breslau, Sonnabend, den 6. Juni... abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Vor...

Reichstädtisches Sportfest am 7. Juni auf dem Einbe... solung-Vauchhammer-Platz, Klein-Rohrborn, Arbeiter-Vor...

Arbeiter-Tanz- und Sportbund 14. Kreis, 1. Bezirk, im... Sonntag, den 7. Juni, findet vormittags 8.30 Uhr, im Einbe...

Arbeiter-Tischtennisverein Breslau, Ausfahrten für... Sonntag 7 Uhr vormittags; 7. Juni: Sonntag 1 Uhr nach...

Die nächste Gewerkschaftssitzung findet Mittwoch, 10. Juni... abends 8 Uhr, bei Sportgenossen Wolf, Ledebauer 48, statt.

Arbeiter-Tischtennisverein Breslau, Ausfahrten für... Sonntag 7 Uhr vormittags; 7. Juni: Sonntag 1 Uhr nach...

Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt... Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt ist seit dem...

Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt... Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt ist seit dem...

